

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 36 (1942)
Heft: (1): Januar-Sendung

Artikel: Liebe Freunde!
Autor: Ragaz, Leonhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138064>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

so sehr darauf an, daß diese im *Bewußtsein* der in Betracht kommenden Menschen eine deutliche Rolle spielten, sondern es sind *objektive Faktoren*, die darüber entscheiden. Und wer weiß, wie weit die Reife ist. Unsere Aufgabe ist jedenfalls, uns auch *darauf* zu rüsten, daß wir nicht überrascht werden, wenn — die Ueberraschung da ist.

Was aber Japan betrifft, so wird es, wenn Hitler stürzt, sehr rasch auch stürzen.

Solche Gedanken stehen bei dem Schreibenden im Vordergrund. Ich erkläre nochmals: Es kann auch das Furchtbare kommen, welches das Ende einer furchtbaren Macht bezeichnen mag. Aber auch das steht unter Gott. *Ihm*, und nicht dem Teufel, wird das Jahr 1942 gehören.

Für uns aber gilt: Seid bereit!

Leonhard Ragaz.

Zürich, 15. Januar 1942.

Liebe Freunde!

Ich fühle mich veranlaßt, diesmal das, was ich über die schweizerische Lage am Anfang dieses Jahres sagen möchte, in einem besonderen Rundbrief auszusprechen.

Das Schweizervolk ist am Neujahrstag durch eine Radio-Ansprache des jetzigen Präsidenten des Bundesrates (nicht „Bundespräsidenten“ — einen solchen gibt es in der Schweiz nicht!) *Etter* beglückt worden, an deren Schluß es hieß: „Ich stelle das kommende Jahr, eure Familien, unsere Armee, all unsere Arbeit und unsere Sorgen und die Zukunft unseres Bundes unter den Schutz des Allmächtigen *und unseres Landesvaters Bruder Klaus*, damit er uns auch im neuen Jahre den äußeren und inneren Frieden bewahre.“ Er hat also das Schweizervolk, dessen Charakter trotz allem, was es in den letzten Jahrzehnten an Veränderungen in seiner konfessionellen Struktur erfahren hat, doch überwiegend protestantisch geblieben ist, einfach als katholisch in Anspruch genommen. Man hat sich dagegen unter Protestanten doch ein wenig aufgelehnt. Aber man hat auf Seiten unseres innerlich aufgelösten entweder dem Faschismus oder dem Katholizismus zuneigenden Systemsfreisinn das bloß als eine gelinde, leicht gutzumachende Entgleisung hingestellt. Davon ist keine Rede. Dieser Schüler der Jesuiten macht sich keiner solchen Entgleisung schuldig. Jenes Wort entspricht durchaus einer schon lange wirkfamen Taktik, deren Ziel nichts weniger ist als eine Rekatholisierung der Schweiz, die auf allerlei Linien, nicht zum wenigsten bei der Wahl des eidgenössischen Personals, verfolgt wird und bereits zu einer politischen Vorherrschaft des Katholizismus geführt

hat. Der Schreibende hat seit Jahren darauf hingewiesen. Er hat damit, wie mit vielem andern, kein Gehör gefunden, aber er hat Grund zu der Annahme, daß die „Neuen Wege“ es haben büßen müssen. Nun hat das Wort Eppers wenigstens ein zeitweiliges Aufhorchen bewirkt. Wird dieses anhalten?

Dieses Wort muß deswegen doch nicht *unbedacht* gewesen sein. Der Sprecher mag sich durchaus bewußt gewesen sein, daß es da und dort Anstoß geben werde. Aber es gibt eine bekannte Methode, die darin besteht, daß man zunächst einmal anfängt, die Leute an gewisse Dinge zu gewöhnen. Mit der Zeit kann man dann weiter rücken. Diese neue Taktik schließt an eine ältere, Bundesrat Epper nicht fremde, an, aus der das Wort stammt: „Semper aliquid haeret.“ („Es bleibt immer etwas hängen.“)

Zunächst soll nun endlich die Heiligprechung des bisher bloß „seligen“ Bruder Klaus erfolgen. Ganz ohne Zweifel steht das Wort Eppers mit dieser Tatsache im Zusammenhang. Das Tüpflein auf das i in der Rekatholisierung der Schweiz soll Nikolaus von der Flüe als schweizerischer Nationalheiliger sein. Daneben haben wir dann noch den modernen, nicht kanonisierten Giuseppe Motta, den Heiligen der Neutralität, dem nun im gleichen Augenblick ein Denkmal errichtet werden soll, wo die Politik, deren typischer Vertreter — und sehr wirksamer Vertreter — er gewesen ist, an ihren fluchvollen Folgen im Weltmaßstab zusammenbricht.

Man konnte sich seit Jahren fragen, warum denn Bruder Klaus nicht schon lange zum Heiligen gemacht worden ist. Er verdiente das doch, religiös betrachtet, mehr als viele, die mit diesem Titel geschmückt sind und ist im übrigen nicht gerade von heute. Fehlte es vielleicht an den nötigen Wundern? Oder stand ein anderes Hindernis im Wege, vielleicht der Umstand, daß der wirkliche Bruder Klaus ein wenig von Ketzergeruch umwittert ist? Mit dem ziemlich entstellten Bruder Klaus sind jedenfalls seit Jahren politische Geschäfte (neben *andern* Geschäften) in großem Stil gemacht worden.¹⁾ An der famosen Bundesfeier wußte man nur vom Bruder Klaus zu reden, während die nicht bloß für die Geschichte der Schweiz ungleich bedeutenderen Männer, die Zwingli und Calvin heißen, in der offiziellen Feier so wenig erwähnt worden sind, als der ihnen als Schweizer und Christ ebenbürtige Pestalozzi, um von Rousseau zu schweigen. Protestanten aber, die in anderem Zusammenhang auf den Anschluß an die „Theologie der Refor-

¹⁾ Oberst *Bircher* hat ihn sogar zu einem Heiligen des schweizerischen Militarismus gemacht. Bekanntlich ist Oberst Bircher zur Kreierung von Heiligen besonders berufen!

Es ist übrigens gerade im Zusammenhang der Rekatholisierung der Schweiz bezeichnend, daß Oberst Bircher an einer aargauischen Katholikenversammlung die Reformation als nationales Unglück bezeichnet hat. Dabei ist Bircher „Protestant“ und — nebenbei gefagt — „Freigeist“.

mation“ Gewicht legen, wie *Denis de Rougemont*, haben sich auch in dieser Beziehung auf einen Gelegenheitsstoff gestürzt, wie Fliegen auf den Honig und schleunigst ein Nikolaus von der Flüe-Drama geschaffen. So sind wir Helvetier nun einmal: geneigt, uns gegen alle wirkliche Wahrheit verständnislos oder gehässig zu verhalten, aber dafür sehr bereit, jeder gröberen oder feineren Unwahrheit kritiklos zu verfallen.

Es ist beinahe tragisch, daß das Einer sagen muß, der den echten Nikolaus von der Flüe als Wirklichkeit wie als Symbol stets sehr hoch gestellt hat und der alles andere eher ist als ein „Kulturkämpfer“. Meine Opposition geht aber auch in diesem Punkte nicht gegen den Katholizismus überhaupt, sondern bloß gegen den jesuitisch gefärbten Macht-Katholizismus. Mit andern Worten: Ich kämpfe nicht gegen den Katholizismus, sondern gegen die Unwahrheit.

Um von diesem Thema nicht ohne innern Zusammenhang zu einem andern überzugehen, so beachte man den „väterlichen“ oder, um ein zwar zu edles anderes Wort dafür zu brauchen, patriarchalischen Ton, der in dieser Rede angeschlagen wird und den gelegentlich auch Kollegen Etters anzuschlagen wissen. Es ist der durch einen Nebenton von Faschismus her etwas verschärfte und auch verfälschte Ton der Gnädigen Herren von vor 1798. Was das Ziel gewisser herrschender Kreise bildet, ist die sogenannte autoritäre Demokratie, zu der besonders die Katholiken, aber nicht nur sie, noch den mit dem Korporationsstaat verwechselten Ständestaat fügen, damit sowohl den Föderalismus als die Korporationsidee reaktionär gestaltend.

Im Geiste dieses modernisierten und verfälschten Patriarchalismus ist nicht nur das Wort von Bruder Klaus gehalten, sondern auch eine andere Stelle aus der Neujahrsrede des Vorsitzenden des Bundesrates:

„Die Regierung des Landes und die Regierungen aller eidgenössischen Stände kennen nur *eine* Sorge, in der alle andern Sorgen eingeschlossen sind: unserm Volke Arbeit und Brot zu schaffen und das Land in Freiheit (!) und Ehre (!) durch die Stürme unserer Tage durchzuhalten (sic!).“¹⁾

Diese *autoritäre Demokratie*, die ich im letzten Rundbrief ein hölzernes Eisen genannt habe, tut sich auf alle Weise kund. So wenn man den General an „seine“ Soldaten eine Neujahrsansprache halten

¹⁾ Man hat dieser Tage wieder einen Satz aus einer Schrift von Etter: „Die schweizerische Demokratie“ ausgegraben, worin es heißt:

„Die Behauptung, daß die Demokratie an sich die beste und reichste Staatsform sei, kann weder vom Standpunkt der Erfahrung aus noch unter dem Gesichtspunkt staatsphilosophischer Erwägungen als richtig anerkannt werden.“

Eine schöne Gefinnung für einen schweizerischen Bundesrat und gewesenen Oberzensor der Presse!

Man erinnert sich auch, wie die „*Front*“ (die immerfort ruhig erscheinen darf) feinerzeit berichtete, man habe einst in ihren Kreisen in Etter den „Retter“ erwartet.

läßt. „Seine“ Soldaten durfte Kaiser Wilhelm und darf Hitler anreden, aber was würde man in Amerika oder in England sagen, wenn ein General das sagte, oder auch, wenn Churchill oder Roosevelt es täten? „Unsere“ Soldaten sind Soldaten der *Schweiz*, nicht Soldaten Guifans. Aber diese „autoritäre Demokratie“ tritt auch in viel wichtigeren Dingen hervor. Ihr dient die Initiative für den Familienschutz, so wie dieser eben von solchen Kreisen gemeint ist; ihr der militärische Vorunterricht; ihr auch die geplante und nicht zufällig besonders wieder durch Etter empfohlene *staatsbürgerliche Erziehung*. Die ist doch bloß als eine Dressur für den Staat der bei uns noch herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gemeint und sie ist ein weiteres Zeichen des Fiaskos sowohl unseres Sozialismus, der dagegen nichts zu sagen weiß, als besonders auch unserer Pädagogik, die sich, inhaltsleer geworden, bloß auf allerlei Spezialitäten und ausgeklügelte Methodik wie auf Militärpatriotismus und Staatsbürgerkultus geworfen hat — damit von Pestalozzi sehr weit abkommend. Schaffet eine Schweiz, die lebendig ist und an der jeder Schweizer Freude haben kann, und ihr braucht keine solchen Elektrifizierungsmethoden für Vaterlandsliebe und Bürgertum. Schaffet eine soziale Demokratie, und ihr braucht keinen „Familienschutz“ dieser Art. Jene sind bloß ein Surrogat für den fehlenden echten Gehalt. Aber es ist eben leichter und namentlich ist es für die bürgerlich-reaktionäre Gesellschaft vorteilhafter, den Schein zu schaffen, statt der Wahrheit.

Was sich in alledem und auch sonst zeigt, ist auch das, was man schweizerische *Verhocktheit* oder schweizerische Unfähigkeit zu wirklich Neuem nennen muß. Ein besonders bedeutsames Zeichen dafür ist die geistlose, ja brutale Ablehnung des *Frauenstimmrechtes*, wie sie besonders in der westlichen Schweiz wieder vorgekommen ist (in Genf und Neuchâtel), während nachträglich die letzte Negerrepublik (zum Beispiel Gambon) sie haben wird.

Daß mit diesem ganzen Geist und Ungeist der Kultus des *Militärs* aufs engste verbunden ist, versteht sich von selbst. Wie schwer hat es gehalten, bis endlich ein Mann wie Oberst *Däniker* aus dem Generalstab und aus dem Instruktionkorps entfernt worden ist. Was für eine Brutalität aus diesem Geiste entstehen kann, beweist der Fall jenes armen *polnischen Internierten*, der in Churwalden wegen eines geringfügigen Anlasses von einer Schildwache erschossen worden ist. Dergleichen mag man unter uns nicht schwer nehmen, aber es gibt eine Instanz, die es nicht leicht nimmt und vor der wir eines Tages Rechenschaft ablegen müssen.

Für diesen ganzen Sachverhalt, besonders auch für jene „*Freiheit*“, von der Etter spricht, ist bezeichnend, daß kurz vor Neujahr dem Schweizervolk sozusagen als Abschluß der Bundesfeier eine neue Regelung der *Zensur* beschert worden ist, die ohne Zweifel als eine Verschärfung gedacht ist, auch wenn diese noch etwas maskiert bleibt.

Denn es werden nun alle Schriften mit politischem Inhalt zur Anmeldung bei der Zensur verpflichtet und damit einer Kontrolle derselben, einige Kategorien aber von vornherein der Vorzensur unterstellt. Besonders schlimm ist die Bestimmung, daß die Vorzensur ohne weiteres auf Verleger anzuwenden sei, bei denen man gefährliche Gedanken vermuten dürfe. Mit dergleichen, an die Lex Häberlin felig erinnernden Fällen kann man jeden fangen, auf den man es abgesehen hat.¹⁾

Daß mit dieser neuen Regelung die Hut der Geßlerstange dem *Bundesrate* übergeben ist (der sie übrigens schon bisher, wenigstens in wichtigeren Fällen ausgeübt hat) und damit aus den Händen des Militärs genommen wird, könnte als ein Fortschritt erscheinen, wenn nicht doch der Pressestab im übrigen seine bisherige Funktion beibehielte und dasjenige Departement des Bundesrates, dem diese Oberaufsicht übertragen wird, von jenem gnädigen Herrn von Steiger verwaltet würde, dessen Ansichten im letzten Rundbrief dargestellt worden sind.

Daß ein Blatt, wie das „Volksrecht“, das sich merkwürdigerweise immer noch sozialistisch nennt, diese Aenderung warm begrüßt, im übrigen auch die Militärzensur rühmt und findet, die Presse habe mit ihr im allgemeinen, einige wenige Mißverstehen ausgenommen, die besten Erfahrungen gemacht und speziell Herrn von Steiger warmes Lob spendet, zeigt wieder, wie weit es mit dem Sozialismus gekommen ist und läßt auch die Frage entstehen, was mit zwei sozialdemokratischen Bundesräten, die ohne Zweifel Träger *dieser* Gesinnung wären, dem Lande und besonders der Freiheit gedient wäre. Die Stimme der wahren Schweiz aber kommt durch ein Wort von Simon Gfeller zum Ausdruck, der auf eine Preisfrage des „Nebelspaltes“: „Was entbehren wir Schweizer am meisten?“ antwortet: „Das Unglück rings um uns schreit zum Himmel und wir müssen schweigen.“

Was entbehrt der Schweizer [sc. leider nur der *rechte!*] am meisten?

Das *freie Wort.*“²⁾

Mit welcher „Neutralität“ die Zensur gehandhabt wird, zeigt

¹⁾ Es heißt in dem Erlaß: „Das Inspektorat der Abteilung [sc. für die Kontrolle über ‚politische, militärische und wirtschaftliche Schriften‘] kann für sämtliche Schriften eines Herausgebers die Vorzensur auf bestimmte oder unbestimmte Zeit anordnen, wenn Tatsachen vorliegen, die eine Mißachtung der bestehenden Vorschriften als wahrscheinlich (!) erscheinen lassen.“

²⁾ Durch ein Versehen beim Druck des letzten Rundbriefes ist die Mitteilung weggefallen, daß auch auf einer Extra-Verfammlng der „*Studienkommission der Schweizerischen Pfarrergesellschaft*“, mit Referat und Korreferat von *Max Gerber* und Redaktor *Oeri*, dieses Problem auf eine sehr erfreuliche Weise behandelt worden ist.

neuerdings, daß eine von einem gewissen Boris Warantoff verfaßte, in dem katholischen Verlag Otto Walter erschienene Hetzschrift gegen Rußland ruhig verbreitet werden darf, während sich auf jedes Blatt Papier, das auch nur von ferne die zarten Gefühle der Achse verletzen könnte, sofort die Hand der Zensur legt.

Wie uns für diesen und anderen Servilismus vergolten wird, zeigt das Spottbild, das ein deutsches Blatt auf unsere *ärztliche Mission* (die übrigens auch nicht gerade von „Neutralität“ trieft) veröffentlichte. Dieser Servilismus erzeugt nur Verachtung.

Es ist auch nicht etwa so, wie vorgegeben wird, daß die Achsenmächte sich über schweizerische politische Äußerungen an sich so sehr aufregten oder gar ihre politische Haltung gegen die Schweiz darnach richten. Die folgen ganz anderen Erwägungen. Aber die Unterdrückung des freien Wortes ist für sie schon ein Stück Eroberung des betreffenden Landes, mehr als eine Anzahl Armeekorps in diesem Lande.

Uebrigens ist jedem, der dieser edlen Institution der Zensur in die Hefte sehen konnte, klar, daß sie wesentlich *innenpolitischen* Zwecken dient.

Diese autoritäre Demokratie führt — und das ist besonders verhängnisvoll — dazu, daß in bezug auf die *auswärtige Politik* Fragen, in denen Sein oder Nichtsein der Schweiz auf dem Spiele steht, vom Bundesrate entschieden werden, ohne daß der Schweizer auch nur etwas davon erfährt, es sei denn auf dem Wege des Gerüchtes, und ohne daß auch nur die Bundesversammlung (vielleicht in einer Geheimsitzung) begrüßt würde. Die Frage von Sein oder Nichtsein konzentriert sich aber für die Schweiz (wie für Schweden) in der Frage des *Anschlusses an das neue Europa*, das heißt an das Hitler-Reich. Es ist von deutscher Seite wiederholt darauf hingewiesen worden, daß diese Frage gestellt sei und betont worden, daß man es nicht begreife, wie die „Neutralen“ sich der Pflicht entziehen könnten, den Kampf für die abendländische Kultur (wohl auch für das Christentum!) gegen den im Bolschewismus wiedergekehrten „Mongolensturm“ anzuschließen. Neuerdings hat, wie anderwärts berichtet ist, Göbbels in seinem „Reich“ diese Argumentation auf seine Weise geltend gemacht und den neutralen Kleinen ihre „Pampigkeit“ gegen Deutschland vorgeworfen. Vor einiger Zeit aber hat Eden die Neutralen vor dieser Stunde gewarnt. Ich selbst habe das seit langem getan — selbstverständlich ohne Echo. Und nun? Ist diese Stunde gekommen und wie hat diesmal der Bundesrat sie bestanden? Sollen die „freien Schweizer“ das wirklich nur durch den Mund des Gerüchtes erfahren, während sogar Hitler solche Dinge seinem „Reichstag“ mitteilt und sie vor ihm zu rechtfertigen sucht? Sollen wir zum Schicksal unseres Landes und Volkes nichts zu sagen haben?

Weil diese „autoritäre Demokratie“ unsere allergrößte Gefahr ist, bin ich für die *Volkswahl des Bundesrates*. Mag auch die Form der Initiative mangelhaft sein, so ist davon ihr Wert nicht abhängig. Zwar habe ich oft genug erklärt, daß ich von den zwei Sozialdemokraten im Bundesrat an sich nichts Gutes erwarte, weder für den Sozialismus, noch für die Schweiz. Bei dem jetzigen System würden doch nur zwei solche gewählt, die mit Sicherheit die zuverlässigsten Stützen der Reaktion wären und dann die Arbeiterschaft mit ihnen solidarisch gemacht. Tatsächlich sind viele kluge Bürgerliche für diese Maßregel nur darum, weil sie richtig einsehen, daß damit die Einlösung der Arbeiterschaft gefördert würde, während andere damit einer „Verföhnung“ zu dienen wähnen, welche die Aufhebung des „Klassenkampfes“ mit sich brächte und für sie auch eine Lahmlegung jeder radikalen Arbeiterbewegung bedeutete.

Aber gerade hier setzt schon das Recht der Initiative ein. Denn wenn auch die Bundesversammlung bloße Scheinsozialisten wählte, so vielleicht das Volk doch echte, oder doch wenigstens echte *Männer*.

Mir ist aber Eins entscheidend: *daß die Volkswahl im gegenwärtigen Augenblick das einzige Mittel ist, die schon vorhandene und die für die Zukunft drohende Diktatur des Bundesrates zu brechen*. Das ist in meinen Augen so wichtig, daß alle Einwände davor verblasen.

Diese Einwände sind in der Mehrzahl ohnehin nicht sehr wichtig. Der am ernstesten zu nehmende ist der, daß der Wahlbürger im eidgenössischen Rahmen ja die vorgeschlagenen Kandidaten gar nicht kenne und also auch nicht beurteilen könne. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß selbstverständlich dem Volke mit Aussicht auf Erfolg nur Kandidaten vorgeschlagen werden dürften, die allgemein bekannt sind und als Träger bestimmter politischer Ideen gelten können. Man wird diese Männer im Wesentlichen besser kennen, als man etwa im Durchschnitt die Kandidaten für eine kantonale Regierung kennt. Schon viel geringwertiger ist der Einwand, daß damit die Einheitlichkeit der obersten Regierung gestört würde: das dürfte heute nur ein Vorteil sein! Dem Lächerlichen nähert sich schon der Einwand, es würde dadurch die Stabilität der obersten Leitung unserer politischen Geschicke gefährdet: diese Stabilität ist unsere größte Gefahr, und übrigens weiß man ja, wie konservativ der Schweizer beim Wählen ist. Noch sinnloser ist der Einwand, daß die neue Wahlart gegen den Föderalismus wäre: es soll also Föderalismus sein, wenn im Zentrum, in Bern, eine aus ein paar Männern bestehende Clique die Bundesräte macht, und Zentralismus, wenn auch der Graubündner und Tessiner den Bundesrat wählt! Vollends zu trauriger Demagogie sinkt der Einwand herunter, daß das *Geld* bei solchen Volkswahlen den Ausschlag geben würde, weil die Aufbringung von 30 000 Unterschriften für einen Kandidaten denen, die reichlich Geldmittel hätten,

einen entscheidenden Vorteil verschaffte: ist es doch eine offenkundige Tatsache, daß gerade beim heutigen Wahlmodus das Geld in Gestalt der Großfinanz die Bundesräte wählt und müßte man ja aus jenem Grunde auch Referendum und Initiative abschaffen, von denen doch niemand sagen könnte, sie würden dadurch entwertet, daß man dafür nicht leicht die Geldmittel fände. Einzig die Einrede läßt sich hören, daß doch nicht der einzelne Bürger die Kandidaten aufstellen könnte, sondern nur Komitees, die von allerlei Interessen zweifelhafter Art beherrscht würden: aber abgesehen davon, daß das heute auf alle Fälle noch viel ärger ist, muß gesagt werden, daß man bei der Aufstellung eines Kandidaten für die Volkswahl doch auf Wunsch und Stimmung des Volkes Rücksicht nehmen muß. Wozu jedoch noch die ganz überwiegende und nicht zu bezweifelnde Tatsache kommt, *daß das Volk viel eher einen echten und ganzen, einen selbständigen, charaktervollen und bedeutenden Mann wählen wird, als ein kleinerer, von der Clique beherrschter Kreis, der immer nur Männer wählt, die ihm bequem sind und fast grundsätzlich bedeutende Persönlichkeiten ausschließt.*

In solchen Gesichtspunkten liegt für mich die Bedeutung des Kampfes, der am 25. Januar zur Entscheidung kommt. Und nochmals: besonders mit Rücksicht auf vorhandene und drohende Bundesratsdiktatur trete ich für die Initiative ein. Wenn diese mit großer Mehrheit verworfen würde, so könnten die Folgen in Bälde sich als verhängnisvoll erweisen. Man sieht, wie schon die Angst vor der Volkswahl den Bundesrat auf die Beine gebracht und zu allerlei Aktionen veranlaßt hat, für die er sich sonst wohl noch Zeit gelassen hätte: Lohnzuschüsse für das eidgenössische Personal, wenigstens scheinbare Verbesserung der Fürsorge für das Alter etc. und kann daraus ermessen, wie es gehen würde, wenn der Ausgang des Abstimmungskampfes ihn in seiner autoritären Sicherheit bestärkte.

Aber ich habe für meine Haltung noch umfassendere und noch wichtigere Gesichtspunkte. Unsere allergrößte Gefahr ist, daß wir nicht mehr die Kraft haben, einen *Entschluß* zu fassen, eine *Entscheidung* zu treffen, daß wir nicht mehr die Fähigkeit besitzen, einen Schritt in *Neuland* hinein zu tun. Das bedeutet aber Erstarrung und Tod. Der 25. Januar wird zeigen, ob wir noch zu Entschluß und Tat fähig sind und für das *Wagnis*, das immer damit verbunden ist.

Mit dieser größten Gefahr ist eine andere verknüpft, auf die ich noch rasch hinweisen möchte. Wir sind bei aller Selbstgerechtigkeit — und vielleicht gerade ihretwegen — mit unsern Ansprüchen an die *Aufgabe und Bedeutung der Schweiz* sehr bescheiden geworden. Uns dünkt schon die bloße Existenz genügend oder ein wenig internationale Liebestätigkeit oder eine neutrale Briefträgerrolle — ja nicht etwa eine wirkliche Friedensmission: Neutralität und Militär sind unsere Lofungen. Diese Bescheidenheit ist Bankrott, seine Vollziehung durch die Geschichte würde nicht ausbleiben. Denn sie duldet nach Jakob

Boßhardts bekanntem und wahren Worte keine Leichen; diese werden von den Aasgeiern der Geschichte aufgefressen. Wer die Schweiz lieb hat, der wehre vor allem *dieser* Gefahr. Sie ist dringlich.¹⁾

Leonhard Ragaz.

Für die Volkswahl des Bundesrates.

Die Arbeitsgemeinschaft „*Neue Demokratie*“ gibt für die Volkswahl des Bundesrates folgende Erklärung ab:²⁾

Trotz allen Einwendungen ist es klar, daß die direkte Wahl der Regierung durch das Volk dem Wesen der Eidgenossenschaft entspricht. Diese Wahlart ist bei den Regierungsratswahlen aller Kantone selbstverständlich geworden; sie ist auch im Bunde möglich. Die Bedenken dagegen entstammen zum großen Teil einer unbewußten Beeinflussung durch die demokratiefeindlichen Bewegungen unserer Tage. Denn wer dem Volk die Fähigkeit zur Wahl seiner Regierung nicht zutraut, hat damit ein wesentliches Stück des demokratischen Glaubens aufgegeben. Die Vorgänge bei verschiedenen Bundesratswahlen haben überdies gezeigt, daß das Wahlrecht der Bundesversammlung nicht zu größerer Sachlichkeit führt, sondern unkontrollierbaren Wahlmachern und kleinen, aber einflußreichen Gruppen allerlei Manöver hinter den Kulissen erlaubt. Wir glauben, daß das Volk von solchen Machenschaften freier ist und sicherer aus seinem einfachen Empfinden für das Rechte wählen wird.

Ebenso wichtig ist eine politische Ueberlegung: Die Verwerfung der Initiative würde gleichzeitig eine Bestätigung des jetzigen Bundesrates und seiner Politik bedeuten. Diese Politik lehnen wir aber in entscheidenden Punkten ab: Wir bekämpfen die ungerechte Verteilung der Kriegslasten durch die jetzige Regelung der Preis- und Lohnfrage, sowie der Steuerprobleme. Vor allem aber wenden wir uns gegen den autoritären Kurs des jetzigen Bundesrates. Der Abbau der verfassungsmäßigen Volksrechte im Innern droht zu einer Anpassung der Schweiz an eine Strömung zu führen, die unser Verderben wäre. Darum rufen wir das Volk auf, durch die Bejahung der Volkswahl den Weg für eine freiheitlichere und sozialere Bundespolitik freizu-

¹⁾ Auch an ein Wort *Hiltys* sei erinnert: „Die Machtverhältnisse Europas können wir nicht ändern. Wir sind darauf angewiesen und dazu berufen, auf immer ein kleiner Staat zu sein. Ein solcher muß heute eine moralische Größe sein, wenn er fortbestehen will.“

²⁾ Der Arbeitsgemeinschaft sind angeschlossen: der Escherbund, die Frauenliga für Frieden und Freiheit, die Heimatfreunde des Saanenlandes, die Religiös-soziale Vereinigung, die Schweizerische Zentralstelle für Friedensarbeit, die Genossenschaft „*Traits*“.